Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 12. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 20 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 23000 Expl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Inserate werden Marienstraße 12 angenommen bis Nm. 4 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nm. 3 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. [illegible]

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 25. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Sonntag, 25. Januar 1874.**

Politisches.

Vermittelung und Ausgleichung ist der Charakter der 4 confessionellen Gesetze, welche das österreichische Kabinet dem in Wien wieder zusammengetretenen Reichsrathe vorgelegt hat. Sie sind bestimmt, den in Oesterreich zwischen Kirche und Staat bestehenden Rechtszustand zu kräftigen, ohne geradezu neue Principien in die Gesetzgebung einzuführen. Daher vermeiden sie es sorgfältig (und darin unterscheiden sie sich ganz wesentlich von den preußischen kirchlich-politischen Gesetzen), die katholische Kirche in eine Ausnahmestellung zu drängen. Thatsächlich ist das Concordat in Oesterreich seit dem Ministerium Beust aufgehoben, jetzt wird diese Aufhebung formell gesetzlich ausgesprochen. Die hierdurch entstandenen Lücken bedürfen der Ausfüllung und die 4 Vorlagen des Cultusministers v. Stremayr versuchen dieselbe. Als Lichtseiten derselben nennt man eine Bestimmung, daß die geistlichen Güter mit einer Progressivsteuer von 1/3 bis 12½ Procent belegt werden, um hieraus das Einkommen des niederen Klerus zu erhöhen und die Staatskasse zu entlasten. Die Klöster selbst werden zwar nicht direct unter das Vereinsgesetz gestellt, aber doch einer staatlichen Controle unterworfen. Die Ansprüche der Altkatholiken finden zwar nicht volle Berücksichtigung, hingegen die Anhänger freireligiöser Ansichten dürfen sich, was ihnen bisher verwehrt war, als Gemeinden constituiren. Unbefriedigend erscheint die Partie der Ehegesetzgebung. Von der obligatorischen Civilehe hatte zwar Niemand mehr sich ein Sterbenswörtchen erwartet, aber peinlich berührt das Schweigen des Herrn v. Stremayr über mehrere unerträgliche Hindernisse der Eheschließung. Nach wie vor wird es in Oesterreich verwehrt sein, daß ein Christ eine Jüdin heirathet; auch in Zukunft werden Katholiken, deren Ehe von einem Priester eingesegnet wurde, nach Scheidung der Ehe verhindert sein, sich anderweit zu verheirathen, selbst wenn beide Theile sich als confessionslos erklären. Man erkennt aus alledem, daß das jetzige Ministerium den Schwierigkeiten, welche in einem so katholischen Staate wie Oesterreich die Kirche bereiten kann, alle Rechnung trägt, daß es äußerst vorsichtig zu Werke geht und woran es ganz wohl thut, das Wesen der katholischen Kirche nicht antastet. Trotzdem ist der Klerus über die vorsichtigen Fortschritte, die sich in jenen 4 Gesetzen kundgeben, äußerst erbittert und alle Rücksichtnahme des Staates hat seine Aufregung nicht beschwichtigt.

Bereits jetzt kündigt das Organ des Erzbischof Rauscher das Sturmlaufen gegen diese Gesetzentwürfe an. Zwar macht ihm die gesetzliche Aufhebung des Concordats wenig Sorge, denn was war mit diesem Papierfetzen des „gedruckten Canossa" noch anzufangen? Aber man fürchtet, daß aus einigen Stellen der 4 Vorlagen die preußischen Maigesetze hervorgucken, daß es auf Ueberwachung der Bischöfe bei ihren Erlassen und Anstellungen von Geistlichen, sowie auf die Aufhebung des Jesuitenordens abgesehen sei. Und um dem katholischen Klerus die nöthige Streitkraft zu geben, hat der preußische Abg. v. Mallinckrodt einem der Hauptstreithähne der österreichischen Ultramontanen, dem Ritter Weiß von Starkenfels, einen Brief geschrieben, worin er ihn ermuthigt, die klerikale Agitation in Oesterreich zu organisiren. Es ist darauf abgesehen, eine der schönsten Eigenschaften des Oesterreichers, seine gemüthliche, versöhnliche Anschauungsweise zu rauben und den wilden Haß, die unbeugsame Starrheit der preußischen Ultramontanen in die österreichischen Herzen zu pflanzen. Wenn nur nicht die Bekämpfung der 4 Vorlagen durch die Klerikalen einen Rückhalt in der Opposition der Demokraten findet, denen jene Gesetze zu geringe Fortschritte enthalten! Leicht könnte sonst die verbundene Opposition der Gegner von links und rechts diese Vorlagen zum Scheitern, das freisinnige Ministerium Auersperg-Stremayr selbst zum Falle bringen!

Ganz trostlos scheinen die preußischen Klerikalen über die Falkschen Ergänzungen seiner Maigesetze. Die „Germania" klagt, daß es auf völlige Unterdrückung und Vernichtung der katholischen Kirche in Preußen abgesehen sei und daß jene Gesetze nur noch überboten werden könnten durch ein directes Verbot der katholischen Kirche und eine Verfolgung ihrer Anhänger in Preußen. Am erbittertsten ist das Jesuitenblatt darüber, daß die katholischen Gemeinden das Recht erhalten sollen, ihre Geistlichen selbst zu wählen und staatlich bestätigen zu lassen. Es wird sich nun zeigen, ob die Katholiken Preußens selbst dieses ihnen natürlich zustehende Recht der freien Seelsorgerwahl zurückweisen und nach dem Lehrsatze der Jesuiten die Kirche nur noch im Klerus, d. h. in der Allgewalt eines despotischen Papstes erblicken.

Ungemein ernüchternd hat die Erklärung des französischen Ministers des Aeußern, des Herzogs von Décazes, auf die Franzosen gewirkt, worin derselbe die weltliche Herrschaft des Papstes preisgab und das moderne Königreich Italien unumwunden anerkannte. Es ist also Nichts mit einem französischen Feldzug gegen Italien. So sehr der Herzog von Décazes Anerkennung für diese verständige Politik findet, so ungehalten sind die Franzosen über den Einfluß Deutschlands, der sich in der Unterdrückung des „Univers" kund gab. Ihrem Nationalstolze ist durch diese Thatsache ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Stimmung der Deputirten ist gereizter denn je. Zwischen dem Bonapartisten Haentjens und dem Exdictator Gambetta ist es in Folge persönlicher Beleidigungen auf der Tribüne der Nationalversammlung zur Herausforderung, zum Zweikampfe gekommen, der jedoch schließlich durch gegenseitige Ehren-Erklärungen friedlich beigelegt wurde.

Anläßlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Rußland und dem Königreich Polen enthält die „Times" folgende Daten. Die russische Armee wird im Zeitraum von 15 Jahren ein Totale von 2 Millionen Mann erreichen. Während Rußland bisher nur 150,000 Mann über die Grenze senden konnte, wird es nunmehr eine Invasionsarmee von 500,000 M. zur Verfügung haben. Während so Rußland sich militärisch für alle Eventualitäten der Zukunft rüstet, dient das Brautbett, das vorgestern in Petersburg zur Vermählung des Herzogs von Edinburgh mit der Tochter des Czaaren geschichtet wurde, in erster Linie politischen Zwecken. Durch Verheirathung der Tochter des Czaaren aller Reußen an den jüngsten Sohn der englischen Königin soll England eingelullt und von einer russenfeindlichen Politik, sei es am goldnen Horn in Konstantinopel, sei es in Centralasien, abgehalten werden.

Trotzdem Carl Russel den Vorsitz in dem Protestantenmeeting in England abgelehnt hat, wird diese Demonstration zu Gunsten Deutschlands in großem Style vor sich gehen. Aus Amerika treffen zahlreiche hochachtbare Personen ein und man will im Januar und Februar in ganz England Versammlungen in gleichem Sinne halten und fortsetzen.

In Südafrika sind neue großartige Goldlager entdeckt worden. Es bilden sich Compagnieen zur Ausbeutung der Goldfelder in der Transvaal'schen Republik. Die Diamantensucher des Caplandes verlassen ihre Beschäftigung, um sich dem lohnenderen Goldgewinne zuzuwenden. Bei der Marahastadt und in der Nähe Lydenbergs arbeiten bereits 800 Goldsucher, und die erfahrensten australischen Goldgräber sind der Ansicht, daß solche Ergebnisse noch nicht da waren. Man findet Alluvialgold, aber auch Klumpen von 5 bis 20 Unzen. Die transvaal'sche Regierung macht große Anstrengungen, eine Straße von Lydenberg nach der Delagoa-Bai, eine Entfernung von nur 180 Meilen, zu bauen. Aber es ist nur möglich, mit Mauleseln dort fortzukommen, weil Ochsen selbst Nachts den Insecten erliegen. Kommt der Weg zu Stande, dann werden bald die erstaunlichen Erfolge von den Goldsuchern in der Nähe Lydenbergs gemeldet werden können.

Wir würden mit dieser goldnen Aussicht schließen, begegneten wir nicht in dem Berliner Börsen-Courier der seltsamen Notiz, daß jetzt Verhandlungen stattfänden, um für den Fall, daß der Kaiser Wilhelm auf längere Zeit zur Cur nach Italien geht, wie die Aerzte anrathen, die Führung der Regentschaft an den deutschen Kronprinzen zu übertragen.

Locales und Sächsisches.

— JJ. MM. König Albert und Königin Carola gehen nunmehr bestimmt Mittwoch den 28. d. nach Leipzig. Sie werden Nachmittags 3 Uhr dort eintreffen und bis Sonntag den 1. Febr. daselbst verweilen. Der Rath von Leipzig hat verschiedene allgemeine Feierlichkeiten vorbereitet. Die öffentlichen Gebäude werden festlich geschmückt, am Eingange der Grimmaischen Straße ist eine Ehrenpforte errichtet und Freitag den 30. soll eine allgemeine Illumination stattfinden.

— Landtag. 1. Kammer. Infolge der an sie ergangenen Aufforderung, Einen aus ihrer Mitte in die Kammer zu senden, zeigen die Schönburgischen Lehnsherrschaften an, daß Graf Karl von Schönburg demnächst ihre Vertretung in der Kammer übernehmen wird. — Herr v. Criegern berichtet über das Vereinigungsverfahren in dem Gesetze über die prozeßrechtlichen Bestimmungen. Die 1. Kammer läßt eine Zusatzbestimmung über die Befriedigung des Klägers im Miethprozesse fallen, hingegen tritt die 2. Kammer der ersten in zwei Punkten bei: die Appellationsfrist in Miethsachen wird nicht auf 1, sondern auf 3 Tage festgesetzt und das Mahnverfahren wird nur auf Forderungen bis höchstens 500 Thlr. ausgedehnt. Hierauf lehnte die Kammer einen Antrag Seiler's auf einheitliche Gestaltung der Botenlöhne ab, gab ihn aber der Regierung zur Erwägung, da augenblicklich, trotz der wohlgemeinten Tendenz des Seiler'schen Antrags, wenig Aussicht zu seiner Verwirklichung ist. — Der Chemnitzer Verein für Naturheilkunde hat sich gegen Einführung des Impfzwanges erklärt. Da jedoch über diese Angelegenheit jetzt ein Reichsgesetz vorbereitet wird, so beantragt Ref. Deumer, die Petition abzulehnen. Die Bürgermeister Müller und Martini erklären sich nach wie vor als Gegner des Impfzwanges. v. Schoenberg desgleichen, indem er bittet, die denkbarst möglichen Schutzmaßregeln gegen Uebertragung von allerhand Krankheiten durch Impfung mit Menschenpocken-Lymphe zu treffen. Er empfiehlt, dafür zu sorgen, daß stets Kuhpockenlymphe in hinreichender Menge vorhanden sei. Geh. Med.-Rath Dr. Günther setzt wissenschaftlich auseinander, daß thierische Lymphe nicht transportabel sei, indem selbst bei dem Transport derselben aus dem Kuhstalle über den Hof hinweg sie an Haftbarkeit einbüße. Man sei darauf angewiesen, animale Lymphe durch Humanisirung wieder haftbar zu machen. Sachsen besitze 6 Lymphversendungsanstalten. Der Fall der Uebertragung von Krankheiten durch Impfung komme nur als äußerste Seltenheit vor; im Reichsgesetze seien schwere Strafen dem Arzte angedroht, der einen Menschen in Ausübung seines Berufs schädige. v. König weist darauf hin, wie schwere Verantwortlichkeit der Staat auf sich nähme, wenn er den Impfzwang einführe, ohne stets für hinreichende Lymphe zu sorgen und ohne allen möglichen Schutz gegen Uebertragung von Krankheiten getroffen zu haben. Die Petition selbst wird gegen 1 Stimme beigelegt. — Hierauf beschäftigte sich die Kammer mit einer Anzahl Petitionen und lehnte dabei die Beschwerde aus Borna über das dortige Tanzregulativ trotz des Widerspruchs des Referenten von Burgk, der sie der Regierung zur Erwägung übergeben wollte, gegen 7 Stimmen ab. — Andere Petitionen werden wegen verschiedener Formfehler auf Antrag des Herrn von Metzsch für unzulässig erklärt. — In der 2. Kammer wird das Gesetz, das einige Bestimmungen der Verfassungsurkunde abändert, berathen und gegen Bizard's Stimme angenommen. Ohne Debatte tritt die Kammer der Bestimmung wegen der freien Wahl der Präsidenten und Vicepräsidenten bei; erheblichere Discussion verursacht blos der Vorschlag der Abgg. Petri und Kaeferstein, den in Dresden wohnenden Landtagsabgeordneten die Hälfte der Diäten der übrigen Abgeordneten zu geben. Bekanntlich erhalten die Dresdener Abgeordneten jetzt keine Diäten. Abg. Petri verlangt für seine Dresdner Collegen halbe Diäten aus Gerechtigkeitsgründen und weist darauf hin, daß die Dresdner Mitglieder der Synode auch halbe Diäten bekommen. Riedel in ähnlichem Sinne. v. Koenneritz: Er genire sich, den Dresdner Abgeordneten so geringe Diäten anzubieten. Auch könnten dann leicht die Stadtverordneten Entschädigung für ihre Mühwaltung beanspruchen. DDr. Heine und Biedermann in gleichem Sinne. Fahnauer läßt sich über das Bedenkliche von Beamtenwahlen aus. Dr. Minckwitz führt den Aufwand vor, den Dresdner Abgeordnete haben und hält eine Entschädigung für billig. v. Oehlschlaegel führt Fahnauern ad absurdum. Dr. Bizard stimmt für Diäten aus allgemeinen politischen Gründen. In Berlin, Weimar, Stuttgart u. s. w. erhielten die dort wohnhaften Abgeordneten auch Diäten. Der jetzige Zustand habe ganz eigenthümliche Verhältnisse geschaffen. So gebe es einen Abgeordneten, der sehr wenig auf seinem Rittergute lebe und fast immer in Dresden wohne, der erhalte aber als Auswärtiger Diäten. (Aller Blicke richten sich auf den Abg. Wehnert.) Jordan erklärt in der Frage ganz unbefangen zu sein, da er mit diesem Landtag ausscheide und kein Mandat mehr annehme. (Zeichen der Verwunderung und ironisches: Wie schade!); aber er wolle den Dresdner Abgeordneten deshalb keine Diäten gewährt sehen, um sie vor übeln Nachreden zu schützen. Minister v. Nostitz: Seien Diäten lediglich die Entschädigung für außerordentlichen Aufwand, so seien den Dresdnern keine zu gewähren; seien sie Entschädigung für Zeitversäumniß und Mühwaltung, so sei das etwas Anderes. Bisher habe man in Sachsen den ersten Standpunkt gehabt, er empfehle denn festzuhalten, da es ohnehin schwer sei, [illegible] zur Wahl zu kriegen. Ref. Petri: Jetzt schon lägen 12 Dresdner als Abgeordnete im Landtag; wenn auch die Diäten noch mehr [illegible], so sei — Menschen seien wir Alle — die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß die Dresdner die Stadtinteressen vor den Landesinteressen bevorzugten. Ein Reizmittel aber könne man den Dresdner Abgeordneten nicht bieten. — Mit 46 gegen 21 Stimmen lehnt die Kammer die Gewährung von Diäten an Dresdner Abgeordnete ab.

— Die rechte Elbuferbahn ist in ein neues Stadium getreten. Bekanntlich hat nur eine kleine Landtags-Majorität und auch diese nur „zur Zeit" den Bau jener Bahn abgelehnt. Wer diese Bahn baut, gilt gleich, ob Private oder der Staat; daß sie gebaut wird, ist bei dem riesig wachsenden Verkehr wirklich nur eine Zeitfrage. Herr Otto Seebe legt nun für diesen Bahnbau, der nur ein noch fehlendes Glied bildet auf der directesten Nordwestbahn-Strecke Wien-Hamburg, dem Landtag und dem Finanzministerium soeben neuerdings ein Memorandum vor, in welchem er die Einwände gegen die rechte Elbthalbahn widerlegt. Herr Seebe sagt darin: „Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die nur „zur Zeit" erfolgte Ablehnung meines Concessionsgesuchs hauptsächlich durch zwei Bedenken herbeigeführt worden ist, welche von dem Herrn Finanzminister mit großem Nachdruck hervorgehoben worden sind, einmal durch den Mangel des Nachweises einer Verständigung mit der österreichischen Nordwestbahn bezüglich des Anschlusses an die letztere, und dann durch die Befürchtungen, welche hinsichtlich einer Veränderung des Inundationsprofils der Elbe und dadurch erwachsender Gefahren für das linke Elbufer ab Bodenbach wachgerufen worden sind. In letzterer Beziehung liegt nach den Erklärungen Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers zur Zeit eine officielle Bestätigung noch nicht vor, sondern es sind jene Bedenken nur das vorläufige Resultat einer Erwägung. Ich [illegible], nachdem doch gleichartige Verhältnisse österreichischerseits bei deren Elbethalbahn gegenüber der Staatseisenbahngesellschaft bis Bodenbach resp. sächsische Landesgrenze vis-à-vis vorliegen, daß dieselben sich bei genauer Untersuchung ebenso unbegründet erweisen werden, wie die Besorgnisse, welche von der hohen königl. Staatsregierung früher in Betreff der Zerstörung werthvoller Objecte zwischen Dresden und Pillnitz, der Gefährdung der Stadt Wehlen und der Beeinträchtigung der Sandsteinindustrie gehegt wurden, und ich glaube eine Bürgschaft dafür, daß mein Project nicht den Bahnkörper der Sächsisch-Böhmischen Staatsbahn gefährden werde, insbesondere auch in dem Umstande erblicken zu dürfen, daß die Tracirung der neuen Linie sorgfältigst von der Sächsischen Eisenbahnbaugesellschaft unter steter Beobachtung der Wasserverhältnisse erfolgt ist. Und wenn die gedachten Bedenken wirklich zum Theil sich als begründet erweisen sollten, so würde jedenfalls nicht ausgeschlossen sein, daß denselben durch geeignete Abänderungen in der Tracirung abgeholfen werde. Selbstverständlich würde ich den bezüglichen Anordnungen der königl. Staatsregierung Folge zu leisten ohnehin verpflichtet und zu einer Verständigung um so mehr bereit sein, als es mir fern liegt, meine Projecte auf Kosten Anderer und im vorliegenden Falle vollends zum Schaden des Landes zur Ausführung bringen zu wollen. Im Gegentheil ist es gerade die innige Ueberzeugung, daß die von mir projectirte Bahn dem Lande überhaupt und insbesondere dem von ihr unmittelbar berührten Landstrich, insbesondere Dresden selbst, dessen Handel und Gewerbe reichen Segen bringen werde, was mich mehr und mehr für mein Project einer von Tetschen bis Neustadt-Dresden fortgesetzten reinen rechten Elbuferbahn erwärmt und zum Festhalten an demselben trotz aller auftauchenden Schwierigkeiten ermuntert und ermuthigt. — So gestatte ich mir nochmals an das hohe Königl. Finanzministerium die ehrerbietige Bitte zu richten: Hochdasselbe wolle im Einvernehmen mit dem hohen Königl. Ministerium des Innern aus obigen hochwichtigen Beschleunigungs-Bedürfnissen mein Project einer weiteren Prüfung unterwerfen und sodann dasselbe anderweit der Ständeversammlung zur Berathung unterbreiten. Ich gestatte mir dabei in Rücksicht auf die von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister gemachte Andeutung, es werde vielleicht der Staat selbst sich entschließen, die gedachte Bahn zu bauen — eine Andeutung, welche am besten den Werth des von mir ausgehenden Projects bekunden dürfte — die ehrerbietige Bemerkung, daß die Verwirklichung jener Eventualität bei den dringenden Anforderungen, welche nach allen Richtungen hin gegenwärtig an den Staat gestellt werden, jedenfalls auf eine längere Reihe von Jahren hinaus in Frage stehen dürfte und daß auf so lange hinaus das Land der Wohlthat einer directen Eisenbahnverbindung entbehren, sondern inzwischen wohl auch der von der Oesterreichischen Nordwestbahn herbeizuführende internationale Nordsee-Verkehr sich andere Wege nach dem Norden Deutschlands suchen würde." Namentlich letztere Befürchtung fällt wohl ins Gewicht. Aber nicht nur die Leipzig-Dresdner, resp. die Berlin-Anhalter Bahn sollten von der neuen Trace profitiren, sondern auch Altstadt und der Staatsbahn- und Centralbahnhof. Eine Elbbrücke bei Loschwitz wird nur durch eine Bahn rentabel gemacht; von Loschwitz-Blasewitz Geleise zum Anschluß an den böhm. Staatsbahnhof (oder eigenen Bahnhof etwa nächst der Vogelwiese) würde einen Personenverkehr Dresden, Blasewitz, Loschwitz, Hosterwitz, Pillnitz, Copitz, Wehlen,